

An Michael zur
Information
Christa

Damit die Scholle schön bleibt

Baustadtrat plant Bestandsschutz für Stadtrandsiedlung

Von Frank Behrens



Große Gärten, begrenzter Wohnraum: Geht es nach dem Bezirksamt, soll sich in der Stadtrandsiedlung Marienfelde möglichst wenig ändern.

Foto: Behrens

Marienfelde - Wer auf der B 101 stadtauswärts fährt, wird sie nicht bemerken, die Stadtrandsiedlung Marienfelde I-III. Versteckt hinter übermächtigen Gewerbebauten und Sportflächen ducken sich die eingeschossigen Doppelhäuschen unter Telegraphenmasten und knorrigen Obstbäumen. Das Stadtplanungsamt des Bezirks Tempelhof-Schöneberg hält die Siedlung dennoch für so bedeutsam, dass es zum Frühjahr eine Erhaltungsverordnung plant. Am kommenden Donnerstag, 22. Februar, um 19 Uhr lädt das Bezirksamt die Siedler zu einer Informationsveranstaltung ins Gemeinschaftshaus Lichtenrade, Barnetstraße 11.

Baustadtrat Gerhard Lawrentz (CDU) begründet die geplante Erhaltungsverordnung damit, dass «der Gesamtcharakter der Siedlung auf dem Spiel» stehe: «Um die Besonderheit und das geschlossene Bild zu erhalten, müssen wir jetzt handeln.» Die Leiterin des Stadtplanungsamtes, Heidi Wagner, präzisiert: «In letzter Zeit stellen wir verstärkt Tendenzen zum Umbau fest. Dabei geht es nicht nur um neue Fenster und Dächer. Ganz viele Bewohner wollen Anbauten errichten.» Daher sei jetzt der richtige Zeitpunkt, «Rahmenrichtlinien vorzugeben».

Eigentümerin der gesamten Siedlung mit ihren rund 400 Wohneinheiten ist das Land Berlin, vertreten durch den Bezirk. Deshalb müssen die Bewohner, die lediglich erbauberechtigte Pächter sind, auch jetzt schon jeden Umbau und jede Renovierung beim Bezirksamt genehmigen lassen. Das geschieht durch die «Richtlinien für die bauliche Gestaltung der Stadtrandsiedlung» aus dem Jahre 1995. Die neue Erhaltungsverordnung biete auch Vorteile für die Bewohner, so Frau Wagner: «Wir werden Beratungstermine anbieten, über jeden Bauantrag wird individuell entschieden.»

Die Geschichte der Stadtrandsiedlung Marienfelde reicht zurück in die Weltwirtschaftskrise von 1929. Der Arbeitslosigkeit folgte die Wohnungsnot auf dem Fuße. Rund um die großen Städte machten sich «wilde Siedler» breit. Mit der 3. Notverordnung vom 6. Oktober 1931 - vorgelegt vom bürgerlichen Minderheitskabinett Heinrich Brüning, unterzeichnet von Reichspräsident Paul von Hindenburg - wurde diese «Bewegung von unten» institutionalisiert.

Staatlich gefördert, wurde Arbeitslosen nun das Siedeln am Rand der Ballungsräume ermöglicht. Um den Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich selbst zu versorgen, hatten die Häuschen überdurchschnittlich große Gärten. Von der Ausstattung her boten die Gebäude nur Mindeststandard. Gegenüber den sozialreformerischen Wohnungsbauprojekten der 20er-Jahre stellten sie einen deutlichen Rückschritt dar. «Die Häuser sind nach wie vor architektonisch unscheinbar», sagt Stadtrat Lawrentz, «doch im Lauf der Zeit hat sich das eine oder andere schmucke Häuschen entwickelt.»

Rosemarie Kübler aus dem Vorstand der Siedlergemeinschaft Stadtrandsiedlung Marienfelde sieht die geplante Verordnung skeptisch: «Auch heute leben hier keine reichen Menschen, ganz viele sind noch Kinder oder Enkel der ersten Siedler. Da macht es schon einen gewaltigen Unterschied, wenn für einen Umbau wegen behördlicher Vorgaben 50 000 Mark mehr fällig werden. Anbauen wollen die Leute in der Regel, weil die Wohnflächen sehr knapp bemessen sind.» Zudem mache die Erhaltungsverordnung keinen Sinn, so Frau Kübler, die selbst in den 70er-Jahren in die Siedlung zog. «Es gibt ja längst Präzedenzfälle - Neubauten, die sich wegen ihrer Größe nicht in das historische Siedlungsbild einfügen.»

Während der NS-Herrschaft sei das Selbstversorger-Konzept der Stadtrandsiedlung zwar ideologisch mit dem «Mythos der Scholle» unterfüttert worden, berichtet Frau Kübler. «Doch was sich über Diktatur, Krieg und Wirtschaftswunder hinweg erhalten hat, ist das enorme Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen hier.» Vielleicht macht sich Baustadtrat Gerhard Lawrentz auch deshalb keine Illusionen über die Informationsveranstaltung in der kommenden Woche: «Hochleben lassen werden die mich nicht, das ist mir schon klar.»

Berliner Morgenpost, vom: 15.02.2001

URL:

http://www.berliner-morgenpost.de/archiv2001/010215/lokalanzeiger_s/story393831.html